Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

KMU-Forum
Forum PME
Forum PMI

CH-3003 Bern, KMU-Forum

Per E-Mail

e-id@bj.admin.ch

Bundesamt für Justiz (BJ)
Bundesrain 20
3003 Bern

Sachbearbeiter/in: mup
Bern, 14.10.2025

Verordnungsentwurf zum E-ID-Gesetz

Sehr geehrte Damen und Herren

Anlässlich ihrer Sitzung vom 26. Juni 2025 hat sich unsere ausserparlamentarische Kommission mit dem Vernehmlassungsentwurf bezüglich der Verordnung zum Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Verordnung, VEID) befasst. Wir danken Herrn Dr. Rolf Rauschenbach, Informationsbeauftragter E-ID und stellvertretender Chef des Fachbereichs Information und Kommunikation des Bundesamtes für Justiz, für seine Teilnahme an dieser Sitzung. Er hat uns die Grundzüge des Entwurfs vorgestellt. Mit der VEID werden die Verfahren und Zuständigkeiten für die Ausstellung und Verwendung der E-ID präzisiert. Zudem wird die staatliche Vertrauensinfrastruktur definiert, die sowohl von Behörden als auch von privaten Akteurinnen und Akteuren genutzt werden kann, um elektronische Nachweise sicher auszustellen und zu verifizieren. Die Mitglieder des KMU-Forums sind mit den meisten Elementen des Entwurfs einverstanden. Sie möchten jedoch noch folgende Forderungen stellen und Anmerkungen machen:

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom Oktober 2022 zum Entwurf des E-ID-Gesetzes (BGEID) erwähnt, sind die Unentgeltlichkeit der E-ID sowie niedrige Gebühren für Ausstellerinnen und Verifikatorinnen des Privatsektors wichtige Voraussetzungen für die breite Einführung der E-ID. Wir sind deshalb der Meinung, dass der Bundesrat gestützt auf Art. 46*a* Abs. 4 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) Ausnahmen vorsehen sollte, da ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verbreitung der E-ID besteht. Durch den Erlass oder eine deutliche Senkung der Gebühren liessen sich die Verwendung und Verbreitung der E-ID wirkungsvoll fördern. Dies würde sich lohnen, wie die Studie „Monetarisierungskonzept für digitale Identitäten" gezeigt hat. Der künftig zu erwartende volkswirtschaftliche Nutzen einer weit verbreiteten E-ID könnte gemäss dieser Studie ab 2030 jährlich über 3 Mrd. CHF betragen. Wir fordern deshalb, dass die Gebühren für die Eintragung im Basisregister, für die Prüfung des Antrags zur Eintragung und zur Aktualisierung der Daten im Vertrauensregister (Art. 37 E-ID) zumindest in einer ersten Phase halbiert werden.

KMU-Forum
Holzikofenweg 36, 3003 Bern
Tel. +41 58 464 72 32
kmu-forum-pme@seco.admin.ch
www.forum-kmu.ch

Wir begrüssen, dass mittelfristig auch private Akteure, die elektronische Nachweise ausstellen möchten, die geplante E-ID-Infrastruktur nutzen können werden. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der E-ID. Die technische Umsetzung dürfte für sie jedoch eine grosse Herausforderung darstellen. Insbesondere für KMU wird die Integration von E-ID-Schnittstellen in bestehende Systeme technisch und organisatorisch anspruchsvoll sein und mit relativ hohen Kosten verbunden sein. Wir fordern daher, dass die gewählten technischen Lösungen so gestaltet werden, dass KMU für deren Einrichtung und Wartung möglichst geringe Investitionen tätigen müssen.

Wir sind darüber hinaus der Meinung, dass die Schweizer Lösung für den elektronischen Identitätsnachweis so ausgestaltet werden sollte, dass sie mittelfristig mit dem System der EU interoperabel ist. Wenn möglich, sollte auch eine Kompatibilität über die Grenzen der EU hinaus angestrebt werden. Gemäss Art. 32 BGEID kann der Bundesrat Abkommen abschliessen, um eine internationale Anerkennung der E-ID zu erreichen und ausländische E-IDs anzuerkennen. Wir beantragen, dass diese Aspekte bei den weiteren Arbeiten ausreichend berücksichtigt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer KMU im grenzüberschreitenden Verkehr zu stärken und den betroffenen Akteuren rechtliche Planungssicherheit zu verschaffen.

Mithilfe der E-ID muss die Verwaltung ihre Prozesse nun auf allen Ebenen weiter digitalisieren, um Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch Bürokratieabbau zu entlasten. Wir ermutigen alle Verwaltungseinheiten des Bundes, sich energisch für die Erreichung dieses Ziels einzusetzen.

Wir hoffen, dass unsere Empfehlungen Beachtung finden, und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Daniela Schneeberger
Co-Präsidentin des KMU-Forums
Nationalrätin, Vizepräsidentin
des Schweizerischen Gewerbeverbands

Martin Saladin
Co-Präsident des KMU-Forums
Vizedirektor und Leiter der Direktion für
Standortförderung des Staatssekretariats
für Wirtschaft SECO